

Rede zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2025 und 2026

**BJÖRN
LÜTTMANN**
Fraktionsvorsitzender

Plenarsitzung, 18. Juni 2025

Rede des Fraktionsvorsitzenden Björn Lüttmann
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor einem halben Jahr meinen Posten als Fraktionsvorsitzender der SPD hier im Landtag antrat, wurde ich von vielen Journalistinnen und Journalisten gefragt, warum ich mir das in diesen Krisen-Zeiten überhaupt antue.

Meine Antwort lautete damals: „Mich reizt es, Verantwortung zu übernehmen – gerade auch in schwierigen Zeiten.“

Heute, ein halbes Jahr später, kann ich sagen: „Die Zeiten sind sogar noch schwieriger, als ich es damals dachte.“

Und dennoch: Ich bereue nichts.

Denn mit dem von der Regierung erarbeiteten – jetzt im Ergebnis des parlamentarischen Verfahrens angepassten – Haushalt übernehmen wir Verantwortung für unser Land,

Verantwortung für die Menschen in Brandenburg!

Nach großen Migrationsbewegungen Richtung Deutschland, einer weltweiten Pandemie und einem Krieg am Rande Europas liegen nicht nur die Nerven vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger blank. Und der Blick auf die Weltlage mit Bombenhageln in Israel und dem Iran tragen kaum zur Beruhigung bei.

Die vergangenen Jahre haben uns leider gelehrt:

Krisen sind keine Ausnahme mehr, sie sind leider zu einer neuen Realität geworden. Globale Unsicherheiten, wirtschaftliche und finanzielle Herausforderungen sowie soziale Spannungen sind auch im Land Brandenburg spürbar. Als ich im April zum Haushaltsentwurf der Landesregierung gesprochen habe, da habe ich bereits deutlich gemacht, dass all diese Gründe konsequentes und verantwortungsvolles Handeln erfordern.

Und genau das tun wir!



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

fon: 0331 966 1300
mail: bjoern.luettmann
@spd-fraktion.
brandenburg.de

f /SPD-Fraktion Brandenburg
@ /spdfraktionbrandenburg
X /spdfraktionbb



Bezogen auf den Landeshaushalt heißt das:

Wir haben ein strukturelles Defizit von etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr bei einem Gesamthaushalt von knapp 18 Milliarden Euro.

Um dennoch die Haushaltsrechnung auszugleichen, braucht es einen Dreiklang:

1. Eine zusätzliche Schuldenaufnahme von rund einer Milliarde Euro in diesem und 1,25 Milliarden Euro im nächsten Jahr,
2. Den Einsatz der Rücklage in Höhe von 714 Millionen Euro in beiden Jahren,
3. Und ja, globale Minderausgaben in Höhe von mehr als 400 Millionen Euro pro Jahr.

Dieser Haushalt – so viel ist klar – verlangt uns heute und in Zukunft viel ab.

Aber er ist auch ein Haushalt, der jetzt Handlungsfähigkeit sichert.

- Handlungsfähigkeit für die innere Sicherheit, den Ausbau der Polizei und seines Nachwuchses – wie wichtig dies ist, haben wir mit dem Anschlag auf das Demokratiefest in Bad Freienwalde gerade erst wieder vor Augen geführt bekommen,
- Handlungsfähigkeit für unsere Gesundheitsinfrastruktur, in dem wir unseren Krankenhäusern die benötigten 200 Millionen Euro zukommen lassen, und deutschlandweit vorangehen,
- Handlungsfähigkeit, in dem wir EU- und Bundesgelder kofinanzieren, die uns helfen, die erste staatliche Medizin-Universität in Brandenburg zu bauen oder wichtige wirtschaftliche Ansiedlungen zu unterstützen.

Letztlich geht es um Daseinsvorsorge, um die wir uns kümmern müssen und auch gekümmert haben! Und deshalb möchte ich zunächst denjenigen danken, die hart gearbeitet haben, dass wir überhaupt bis hierhin gekommen sind:

- dem Finanzminister, der den Haushalt nicht nur solide vorbereitet, sondern auch gegen die Kritik verteidigt hat,
- der gesamten Regierungsmannschaft um den Ministerpräsidenten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien,
- den regierungstragenden Fraktionen für die vielen Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren,
- sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die die vielen Sitzungen so gut betreut haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein paar Gedanken zur Zusammenarbeit in der Koalition äußern – viele interessieren sich ja dafür...



Ich finde es sehr bemerkenswert, wie konstruktiv und vertrauensvoll die Zusammenarbeit zwischen uns und der BSW-Fraktion beim Haushalt gelaufen ist.

Warum betone ich das so?

Weil es doch viele Vorbehalte gab, auch medial.

Und ich komme mal zurück zum Stichwort „Verantwortung“:

Die schnelle Bereitschaft der BSW-Fraktion, Verantwortung für das Land und seine Finanzen zu übernehmen, bekommt meinen vollen Respekt!

Hier wird deutlich: Politik lebt nicht nur vom Wettstreit der Ideen und Meinungen, sondern vor allem von der Übernahme von Verantwortung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen haben die Grenzen für die parlamentarische Beratung natürlich eng gesetzt. Wir wussten: Änderungen am Regierungsentwurf sind vor allem mit Umschichtungen finanzieller Mittel innerhalb des Haushaltes möglich. Hier haben sich die Fraktionen aber mit großem Arbeitseifer dafür eingesetzt, noch eigene Prioritäten zu setzen. Insgesamt gab es im parlamentarischen Verfahren über 80 Änderungsanträge der Koalition. Die Einzelheiten werden wir heute und morgen miteinander diskutieren.

Aber lassen sie mich schon jetzt drei Punkte herausheben:

- Schule und Kita:

Mit über drei Milliarden Euro ist der Haushalt für Bildung, Jugend und Sport der mit Abstand größte Einzelplan. Und ich sage es ganz offen:

Es ist natürlich der Einzelplan, an dem meine Fraktion am liebsten gar nicht gespart hätte... Die Entscheidungen hier taten ganz besonders weh.

Aber eben, weil es der größte Einzelplan ist, musste auch er in einem gewissen Maße zur Konsolidierung beitragen. Insbesondere der Krippenbetreuungsschlüssel und Veränderungen bei der Schüler-Lehrer-Relation sowie „eine Stunde mehr an der Tafel“ für Lehrerinnen und Lehrer sorgen für erheblichen Gesprächsstoff. Und es gab Demonstrationen vor dem Landtag in einer Größenordnung, wie ich sie hier selten erlebt habe. Das zeigt auch, wie die Menschen, die im Bildungsbereich arbeiten, für ihre Sache brennen.

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, liebe Erzieherinnen und Erzieher,

Ihre Anliegen nehmen wir ernst. Für Ihre Arbeit, die Sie jeden Tag verrichten, sind wir dankbar! Und weil das so ist, haben wir im parlamentarischen Verfahren nachgearbeitet.



- Mit Blick auf die Kita schaffen wir ein neues Kitabudget über 8 Millionen Euro.

Dieses Budget soll den Kitas eine Art Überbrückungshilfe sein bis zum 1.1.2027 – auf diesen Stichtag verschieben wir den Start des verbesserten Betreuungsschlüssels.

Ebenfalls bis zum 1.1.2027 wollen wir eine grundlegend neue Struktur in die Kitafinanzierung bringen.

- Mit Blick auf die Schulen haben wir das Vertretungsbudget gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich erhöht sowie die studentischen Schulassistenzen wieder eingeführt. Damit schaffen wir flexible Reaktionsmöglichkeiten und Entlastungen der Lehrkräfte. So erleichtern wir die geplante Umstellung in den Schulen.

Und klar ist auch:

Wenn die Lehrkräfte „eine Stunde mehr in der Klasse“ unterrichten, verdienen sie an anderer Stelle Entlastung. Das kann „eine Stunde weniger“ zum Beispiel bei Bürokratie, bei unterrichtsfernen Aufgaben oder bei der Vorbereitungszeit sein.

Einige Entlastungen stehen bereits im Haushaltsbegleitgesetz, andere werden über den Sommer erarbeitet. Mir ist aber sehr wohl bewusst, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen mit einem gewissen Grad an Veränderungen und, ja, auch Verunsicherungen einhergehen. Ich sage aber zu, dass wir die konkrete Umsetzung gemeinsam mit Ihnen, liebe Lehrerinnen und Lehrer, engmaschig begleiten. Und wenn wir dann feststellen, dass politisch nachgearbeitet werden muss, dann werden wir das selbstverständlich auch tun!

- Gesundheit und Soziales

Als ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales möchte ich diesen Bereich als zweites nennen. Der Etat des Ministeriums ist ja dadurch geprägt, dass über 90 Prozent der Mittel bereits gebunden sind für Pflichtaufgaben. Die Handlungsmöglichkeiten sind hier natürlich sehr eng! Umso stärker ist noch einmal hervorzuheben, dass es uns gelungen ist, die benötigten Mittel für unsere Krankenhausinfrastruktur darzustellen – 200 Millionen Euro pro Jahr haben wir hier angesetzt. Und ich freue mich, dass es uns im parlamentarischen Verfahren gelang, noch ein paar entscheidende Akzente zu setzen. Ich möchte hier die Aufwüchse für den Pakt für Pflege (plus zwei Millionen Euro), die Stärkung der Verbraucherzentralen (plus 400 000 Euro) sowie die Familienzentren (plus 400 000 Euro) nennen. Alle diese Projekte tragen eine ganz klare sozialdemokratische Handschrift: Denn wir müssen unsere Familien gut beraten und wir brauchen noch bessere „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Bereich der Pflege.

Das ist unverzichtbar!

Deshalb ist es gut, dass wir hier ein ganz klares Zeichen setzen!



Ich sprach gerade von Pflege....

Und Pflege, meine Damen und Herren, die brauchen auch unsere Kommunen, unsere Städte und Dörfer und die lassen wir auch nicht im Stich. Die kommunale Familie hatte Grund zur Sorge und wir hatten gute Gründe, äußerst aufmerksam zuzuhören. Dabei geht es vor allem um die Fortsetzung der Zahlung des Familienleistungsausgleichs sowie die Rückzahlung zu viel erhaltener Mittel beim Wohngeld. Geplant war ein Einsparvolumen von über 300 Millionen Euro in 2025 und 2026. – Das hätte sicherlich einige Kommunen zu Nachtragshaushalten noch in diesem Jahr gezwungen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die frohe Botschaft für alle Kommunen im Jahr 2025 ist: Keine Kommune muss wegen des Landeshaushalts einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr verabschieden! Wahrlich: Das ist ein großer Erfolg dieser Koalition und ich möchte mich insbesondere bei den Finanzpolitikerinnen und -politikern meiner Fraktion hierfür bedanken!

Besonders dankbar bin ich auch den kommunalen Spitzenverbänden, dass wir gemeinsam einen Kompromiss erzielt haben! Sie haben am Ende eingewilligt, dass auch die Kommunen sich in 2026 mit 77 Millionen Euro an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen. Eine große Summe, aber 74 Prozent weniger als der ursprüngliche Haushaltsentwurf vorsah!

Wir sehen: Kommunen und Land sind bereit, auch in schwierigen Zeiten Einigungen zu erzielen.

Ein gutes Zeichen für die Zukunft!

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Einblick in diese Zukunft: Zusätzlich zu unserem Haushalt erwarten wir in Kürze finanzielle Mittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“ des Bundes. Für Brandenburg bedeutet das rund drei Milliarden Euro, davon mindestens 1,8 Milliarden für unsere Kommunen. Offen ist derzeit noch, unter welchen Bedingungen wir die Mittel bekommen, wie die Auflage „zusätzliche Investition“ definiert ist und mit welchen Instrumenten wir die Mittel an die Kommunen weitergeben.

Aber ganz klar ist, dass wir diese Gelder unbedingt brauchen.

Denn Brandenburg hat Nachholbedarf:

Ob Straße und Schiene, ob Schule und Kita, Krankenhäuser oder Energieinfrastruktur, die Liste der Themen ist lang, in die wir auch in Brandenburg investieren wollen. Die genaue Ausgestaltung dieser Investitionen wollen wir in den nächsten Wochen eng begleiten und steuern. Und im Herbst werden wir dazu vermutlich auch einen Nachtragshaushalt beraten müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein solider Haushalt ist kein Selbstzweck, er ist die Grundlage für Investitionen in Wirtschaft, Sicherheit, Infrastruktur oder Wissenschaft.



Die Brandenburgerinnen und Brandenburger erwarten von uns Verantwortungsübernahme und Handlungsfähigkeit. Das heißt auch, in Zeiten wie diesen Prioritäten zu setzen. Ein Haushalt in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten wird dabei wohl nie allen gerecht werden. Dass wir aber mit dem Spagat zwischen Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen auf dem richtigen Weg sind, bestätigten auch die Experten in den Anhörungen im Finanzausschuss in den letzten Wochen. Kein Experte hatte ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes. Das freut mich, das sollte uns alle freuen.

Und mit Blick in die Oppositionsreihen:

Wer keine ehrlichen Alternativen aufzeigt, sollte sich mit dem Schlagwort „Schuldenorgie“ tunlichst zurückhalten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte zum Schluss noch einmal eindringlich hervorheben, was ich eingangs gesagt habe: Ja, der Haushalt verlangt von vielen etwas ab. Aber nichts ist problematischer als gar keinen Haushalt zu haben! Die Menschen im Land warten darauf, endlich wieder Planungssicherheit zu bekommen.

Bei Bildung, Soziales und Investitionen.

Geben wir Ihnen diese Sicherheit mit diesem Haushalt!

Es ist jetzt an der Zeit!

Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, dass Brandenburg auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig ist.

Dem Haushalt zuzustimmen, bedeutet Verantwortung für unser Land Brandenburg zu übernehmen!

